



**Motion von Heinz Achermann, Anna Bieri, Rita Hofer, Hubert Schuler, Martin Schuler und Beat Unternährer**  
**betreffend Interpellationsrecht an Gemeindeversammlungen**  
(Vorlage Nr. 3039.1 – 16210)

Bericht und Antrag des Regierungsrats  
vom 17. November 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsrätinnen Anna Bieri und Rita Hofer sowie die Kantonsräte Heinz Achermann, Hubert Schuler, Martin Schuler und Beat Unternährer, alle von Hünenberg, reichten am 17. Dezember 2019 eine Motion betreffend Interpellationsrecht an Gemeindeversammlungen (Vorlage Nr. 3039.1 – 16210) ein. Der Kantonsrat hat die Motion am 30. Januar 2020 stillschweigend an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen.

Wir unterbreiten Ihnen zur Motion Bericht und Antrag, den wir wie folgt begründen:

**1. Ausgangslage**

Nach § 81 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden vom 4. September 1980 (Gemeindengesetz, GG; BGS 171.1) können die Stimmberechtigten dem Gemeinderat ausserhalb der auf der Traktandenliste stehenden Geschäfte Fragen stellen und Auskünfte über die Tätigkeit der Gemeindebehörden, der öffentlich-rechtlichen Anstalten oder anderer mit gemeindlichen Aufgaben betrauten Personen verlangen, soweit hiefür ein öffentliches Interesse besteht. Werden solche Anfragen spätestens zwanzig Tage vor der Gemeindeversammlung schriftlich dem Gemeinderat eingereicht, sind sie sofort zu beantworten. Bei kurzfristigeren Anfragen steht dem Gemeinderat die sofortige Beantwortung frei.

Da Interpellationen ausserhalb der Traktandenliste stehen, ist der Gemeinderat nicht verpflichtet, in den Berichten und Anträgen des Gemeinderats, die vor der Gemeindeversammlung an die Haushaltungen verteilt werden, die Frage der Interpellantin bzw. des Interpellanten oder die Antwort des Gemeinderats abzudrucken.

**2. Politische Instrumente der Stimmberechtigten auf Gemeindeebene**

2.1 Die politischen Instrumente der Stimmberechtigten in einer Gemeinde mit Gemeindeversammlung sind die Motion und die Interpellation. Durch diese beiden Instrumente üben sie die Aufsicht über die Tätigkeit des Gemeinderats und die Oberaufsicht über die Gemeindeverwaltung aus (Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 12. Januar 1979 zum Gemeindegesetz, S. 38 f.).

2.2 Motionen sind Anträge, durch deren Erheblicherklärung der Gemeinderat verpflichtet wird, das Geschäft weiterzubehandeln (GVP 1985/86 S. 171). Über die Erheblicherklärung der Motion wird an der Gemeindeversammlung abgestimmt (§ 80 Abs. 2 und 3 GG). Eine erheblich erklärte Motion ist verbindlich.

Da über Motionen von der Gemeindeversammlung ein Beschluss gefasst wird, müssen sich die Stimmberechtigten auf die Gemeindeversammlung gut vorbereiten können. Der Gemeinderat

erstattet daher zu jeder Motion einen Bericht und stellt einen Antrag (§ 71 Abs. 1 GG). Berichte und Anträge sind nach § 72 Abs. 1 GG mindestens zwanzig Tage vor der Gemeindeversammlung auf der Gemeindeganzlei aufzulegen und an die Haushaltungen in der Gemeinde zu verteilen. Damit der Gemeinderat genügend Zeit für die Erstellung des Berichts und des Antrags hat, ist er nur verpflichtet solche Motionen auf die Traktandenliste der Gemeindeversammlung zu nehmen, die neunzig Tage vor der Gemeindeversammlung eingereicht wurden (§ 80 Abs. 2 GG).

2.3 Das Instrument der Interpellation gemäss § 81 GG dient dazu, der Exekutive Fragen zu Verwaltungsangelegenheiten zu stellen. Mit der Beantwortung der gestellten Fragen ist eine Interpellation erledigt (GVP 1997/98 S. 271). Es handelt sich um ein Informationsrecht. Dieses ist aufsichtsrechtlicher Natur und dient der politischen Kontrolle (vgl. Alain Griffel in: Kommentar zum Zürcher Gemeindegesetz und zu den politischen Rechten in den Gemeinden, Zürich 2017, § 17 N 6).

### **3. Behandlungsfrist für Interpellationen**

Als das Gemeindegesetz im Jahre 1982 in Kraft trat, musste der Gemeinderat Interpellationen, die fünf Tage vor der Versammlung eingereicht wurden, an der Gemeindeversammlung beantworten. Im Jahre 1992 wurde diese Frist auf zehn Tage und im Jahre 2013 auf zwanzig Tage erhöht.

Auch im Vergleich mit anderen Kantonen ist die Behandlungsfrist für Interpellationen nicht kurz. Im Kanton Zürich müssen beispielsweise Interpellationen, die zehn Arbeitstage vor der Gemeindeversammlung eingereicht werden, an der Gemeindeversammlung beantwortet werden (§ 17 Abs. 2 des Gemeindegesetz [LS 131.1] des Kantons Zürich vom 20. April 2015), was ein wesentlich kürzerer Zeitraum ist, als den Gemeinden im Kanton Zug zur Verfügung steht.

### **4. Auswirkung der Fristenanpassung gemäss dem Motionsbegehren**

Müssten Interpellationen mit den entsprechenden Antworten des Gemeinderats bereits mit der Vorlage zur Gemeindeversammlung versandt werden, würde dies bedeuten, dass eine Interpellation bereits ca. siebzig Tage vor der Gemeindeversammlung eingereicht werden müsste, da nebst der Beantwortungszeit von zwanzig Tagen zusätzlich noch ein Zeitraum von dreissig Tagen für die Vorbereitung des Drucks und des Versands der Unterlagen sowie weitere zwanzig Tage für die vorgängige Zustellung der Unterlagen (Berichte und Anträge des Gemeinderats) an die Haushalte miteinberechnet werden müsste.

Beim Eventualantrag müsste die Interpellation ca. fünfzig Tage vor der Gemeindeversammlung eingereicht werden. Die Frist verkürzt sich um zwanzig Tage im Vergleich zum Hauptbegehren, da die Interpellationsantwort nicht bereits in den Unterlagen zur Gemeindeversammlung abgedruckt werden müsste, sondern im Zeitraum zwischen dem Versand der Unterlagen und der Gemeindeversammlung durch den Gemeinderat elektronisch aufgeschaltet werden könnte.

### **5. Würdigung**

#### **5.1 Bewährtes System**

Diese Motion wurde von Kantonsrätinnen und Kantonsräten von Hünenberg im Anschluss an die Einwohnergemeindeversammlung vom 29. November 2019 eingereicht. Im Bericht und Antrag des Gemeinderats zur Einwohnergemeindeversammlung vom 29. November 2019 wurden

drei Interpellationen abgedruckt. Weitere vier Interpellationen, welche erst kurz vor der Gemeindeversammlung eingereicht wurden, konnten aus zeitlichen Gründen nicht mehr in den Unterlagen der Gemeindeversammlung abgedruckt werden. Daher erfuhren die Stimmberechtigten erst an der Gemeindeversammlung von diesen Interpellationen.

Die Motionärinnen und Motionäre bemängeln, dass das Vorlesen und die Beantwortung der Interpellationen einige Zeit in Anspruch nimmt. Dazu ist zu bemerken, dass es nur selten vorkommt, dass gleich sieben Interpellationen an einer Gemeindeversammlung behandelt werden müssen, wie es anlässlich der Einwohnergemeindeversammlung vom 29. November 2019 in Hünenberg der Fall war. Bei den Bürger-, Kirch- und Korporationsgemeinden, welche ebenfalls Gemeinden im Sinne des Gemeindegesetzes sind (§ 1 Abs. 1 Bst. b–d GG) und somit auch von dieser Vorlage betroffen wären, werden nur sehr selten Interpellationen eingereicht. Es rechtfertigt sich nicht aufgrund einer einzelnen Gemeindeversammlung, bei der es ausnahmsweise einmal bedeutend mehr Interpellationen als sonst gab, was einige Zeit an der Gemeindeversammlung in Anspruch nahm, das bewährte System der Beantwortung von Interpellationen komplett zu verändern.

Es ist den Motionärinnen und Motionären zuzustimmen, dass die Vorlesung und Beantwortung von Interpellationen an der Gemeindeversammlung einige Zeit in Anspruch nimmt. Es ist jedoch der Zweck einer Interpellation, dass alle Teilnehmenden an der Gemeindeversammlung Kenntnis von den Fragen und Antworten betreffend die Interpellation erhalten.

#### *5.2 Bedürfnis nach schnellen Antworten*

Interpellationen beinhalten oft Fragen, die sich mit Vorgängen befassen, die momentan aktuell sind. Es besteht daher aus Sicht der Interpellantin bzw. des Interpellanten das Bedürfnis, dass diese Fragen möglichst schnell beantwortet werden, solange die entsprechenden Vorgänge noch aktuell sind. Dies steht in einem Spannungsverhältnis zum Gemeinderat, der oft eine gewisse Zeit für Abklärungen benötigt, um eine Interpellation zu beantworten. In Anbetracht dessen, dass die Frist von zwanzig Tagen, innert welcher die Interpellation vor der Gemeindeversammlung eingereicht werden muss, heute viermal so lange wie bei der Einführung des GG im Jahre 1982 ist, rechtfertigt es sich gegenüber der Interpellantin bzw. dem Interpellanten nicht, diese Frist nochmals deutlich zu verlängern.

#### *5.3 Keine vorgängige Kenntnis notwendig bei Interpellationen*

Würde das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre durchkommen, würden Motionen und Interpellationen ähnlich behandelt werden, obwohl es sich um verschiedene politische Instrumente handelt. Beide müssten in den Unterlagen für die Gemeindeversammlung abgedruckt werden. Es gibt jedoch gute Gründe, dass für Interpellationen keine Verpflichtung besteht, sie in den Unterlagen für die Gemeindeversammlung abzudrucken.

Bei Motionen muss – im Gegensatz zu den Interpellationen – die Gemeindeversammlung einen Beschluss fassen, ob sie die Motion für erheblich erklären will (vgl. § 80 Abs. 2 GG). Daher müssen die Stimmberechtigten vor der Gemeindeversammlung Kenntnis von der Vorlage erlangen, damit sie genügend Zeit haben, um sich mit dem Anliegen der Motion sowie dem Bericht und Antrag des Gemeinderats zur Motion auseinanderzusetzen und sich eine eigene Meinung über die Motion zu bilden.

Anders verhält es sich bei Interpellationen, bei welchen die Stimmberechtigten der Gemeindeversammlung die Frage der Interpellation sowie die Antwort des Gemeinderates einfach anhören können, ohne dass sie einen Beschluss über die Interpellation fassen müssen. Es ist daher nicht notwendig, dass die Stimmberechtigten bereits vor der Gemeindeversammlung Kenntnis

über die Frage der Interpellation oder sogar der Antwort des Gemeinderats erhalten. Daher sollte auch keine Verpflichtung der Gemeinde eingeführt werden, die Fragen oder Antworten der Interpellation in den Unterlagen, welche an die Haushaltungen versandt werden, abdrucken zu müssen.

## **6. Alternativen zum Vorlesen der Fragen und Antworten der Interpellation an der Gemeindeversammlung**

### *6.1 Möglichkeit der Rücksprache mit den Interpellantinnen und Interpellanten*

Dem Gemeinderat steht es selbstverständlich frei, die Interpellation und allenfalls auch bereits die Antwort des Gemeinderates in den Unterlagen zur Gemeindeversammlung abzudrucken. Falls dies für die nächste Gemeindeversammlung aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist, kann er die Person, welche die Interpellation eingereicht hat, anfragen, ob sie damit einverstanden wäre, wenn ihre Interpellation erst an der übernächsten Gemeindeversammlung beantwortet wird, damit die Frage und allenfalls auch die Antwort des Gemeinderates in den Unterlagen zur Gemeindeversammlung abgedruckt werden kann. Es liegt dann an der Person, welche die Interpellation eingereicht hat, zu entscheiden, ob sie die Antwort des Gemeinderats bereits an der nächsten Gemeindeversammlung wünscht oder ob sie es bevorzugt, wenn ihre Interpellation erst an der übernächsten Gemeindeversammlung behandelt wird.

### *6.2 Auflage der Interpellationsfrage und Antwort an der Gemeindeversammlung*

Anstatt die Interpellationsfrage und Antwort an der Gemeindeversammlung vorzulesen, kann der Gemeinderat diese auch in Papierform an der Gemeindeversammlung auflegen, so dass die Teilnehmenden von der Interpellation Kenntnis nehmen können.

### *6.3 Publikation der Interpellationsfrage und Antwort auf der Internetseite der Gemeinde*

Der Gemeinderat kann die Interpellationsfrage und Antwort auf der Internetseite der Gemeinde publizieren. Dies entbindet ihn aber nicht davon, diese auch an der Gemeindeversammlung in Papierform abzugeben oder vorzulesen.

## **7. Antrag**

Wir beantragen Ihnen die Motion von Heinz Achermann, Anna Bieri, Rita Hofer, Hubert Schuler, Martin Schuler und Beat Unternährer betreffend Interpellationsrecht an Gemeindeversammlungen (Vorlage Nr. 3039.1 – 16210) nicht erheblich zu erklären.

Zug, 17. November 2020

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Stephan Schleiss

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart